



Was wir wollen

**Anforderungen an die Politik
ver.di-Positionen zur
Brandenburger Landtagswahl
am 1. September 2019**



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

Impressum:

Herausgegeben vom
ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg,
Köpenicker Straße 30
10179 Berlin
verantwortlich: Frank Wolf
(Landesbezirksleiter)
Text und Redaktion:
Dr. Andreas Splanemann
Titelbild unter Verwendung eines
Fotos © Landtag Brandenburg /
Manuel Dahmann
Stand: Juni 2019

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die kommenden Landtagswahlen haben eine große Bedeutung. Wenn man den prognostizierten Zahlen Glauben schenkt, wären möglicherweise wesentliche politische Veränderungen zu erwarten. Wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben ein großes Interesse an stabilen politischen Verhältnissen und an einer Landesregierung, die sich auf eine breite Mehrheit stützen kann. Wir wollen, dass der künftige Landtag und die Landesregierung eine Politik machen, die Arbeitnehmerinteressen berücksichtigt. Daher haben wir unsere Erwartungen in dieser Broschüre zusammengestellt und übergeben sie der interessierten Öffentlichkeit.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) ist unabhängig von Arbeitgebern, staatlichen Organen, Parteien und Religionsgemeinschaften. Das legt der § 5 der ver.di-Satzung fest. Aus diesem Grund gibt ver.di auch keine Empfehlung zur Wahl einer bestimmten politischen Partei.

Gleichwohl verfolgt ver.di politische Ziele, die durch die ehrenamtlichen Gremien aufgestellt, beraten und beschlossen werden. In dieser Broschüre ist eine umfassende Auswahl der aktuellen gewerkschaftlichen Ziele und Positionen veröffentlicht. Die interessierten Leser/innen können sich also selbst ein Bild von unserem politischen Anspruch machen und dies mit dem Angebot und den Programmen der politischen Parteien und ihrer Kandidatinnen und Kandidaten vergleichen.

ver.di setzt sich auf demokratischem Wege mit den Parlamenten und Regierungen auseinander, deren Gesetzgebung bzw. politische Arbeit sehr oft die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer berührt. ver.di engagiert sich auch für Menschen, die wie Schüler/innen, Auszubildende oder Student/inn/en noch keine feste Arbeitsstelle haben, Seniorinnen und Senioren, die ihr Arbeitsleben beendet haben, oder Erwerbslose, die aus unterschiedlichen Gründen keine Arbeit finden. Gleichberechtigung, Fairness, Chancengleichheit sind ebenfalls gewerkschaftliche Grundsätze, an denen sich die Arbeit von Regierungen, Parlamenten und Parteien messen lässt.

Die allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahl, die das Grundgesetz garantiert, ist ein wichtiges Gut und ein wesentlicher Eckpfeiler unserer Gesellschaft. ver.di fordert alle Brandenburger Gewerkschafter/innen auf, am 1. September 2019 ihre Stimme bei der Landtagswahl abzugeben. Gewerkschafter/innen müssen mit ihrer Stimme dafür sorgen, dass diejenigen demokratischen Parteien gewählt werden, die vernünftige und machbare Lösungen für die drängenden Probleme anbieten. Die vielen tausend Gewerkschaftsmitglieder in Brandenburg sind eine große politische Macht. Sie haben eine Stimmengewalt, die nicht zu überhören ist.

Stellvertretend für die ver.di-Mitglieder im Land Brandenburg im Juni 2019

Frank Wolf
(ver.di-Landesbezirksleiter)

Andrea Kühnemann
(Stellvertretende ver.di-Landesbezirksleiterin)

Christine Rosenthal
(Vorsitzende des ver.di-Landesbezirksvorstandes)

Gute Lösungen für den Arbeitsmarkt

In unserer Region sind nach wie vor viel zu viele Menschen arbeitslos. Die beruflichen Chancen sind sehr ungleich verteilt. Die Zahl der prekären Jobs hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Viele Kolleginnen und Kollegen leiden unter schlechten Arbeitsbedingungen, geringer Bezahlung, unfreiwilliger Teilzeit und befristeten Arbeitsverträgen. Gerade in den Ballungsräumen und in vielen Städten können immer mehr Menschen selbst bei Vollzeitarbeit nicht mehr von ihrem Einkommen leben und sind auf staatliche Zuschüsse angewiesen. Das sind unhaltbare Zustände! Daher verdienen nur die Parteien deine Stimme, die sich für mehr Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen starkmachen. Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, die sich nicht ausschließlich nach den Interessen der Unternehmen richtet, sondern die sich die Belange der Arbeitnehmer/innen auf die Fahnen geschrieben hat!

Armut trifft viele Familien, Kranke, Menschen mit Beeinträchtigungen, Alleinerziehende und Rentnerinnen und Rentner besonders hart. Armut ist aber kein unausweichliches Schicksal. Die Allgemeinheit muss dafür sorgen, dass die Schwachen nicht untergehen. Gerade sie brauchen keine Almosen, sondern Perspektiven! Wähle daher demokratische Parteien, die sich nicht für die Finanzstarken einsetzen, sondern eine gute und ausgewogene Sozialpolitik im Programm haben!

Politik muss Standards setzen

Die öffentliche Hand muss beim Kampf gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse Standards setzen. ver.di fordert einen Stopp weiterer Privatisierungen und Ausgründungen bei öffentlichen Einrichtungen. Kommunale Einrichtungen gehören in die öffentliche Hand und dürfen nicht von profitorientierten Privatfirmen betrieben werden.

Gegen Lohn- und Sozialdumping

ver.di fordert von Parteien, sich dem immer stärker werdenden Lohn- und Sozialdumping entgegenzustellen. Eine künftige Landesregierung muss sich dafür einsetzen, dass Dumping-Firmen keine öffentlichen Aufträge mehr erhalten. Es darf nicht sein, dass Unternehmen, die einerseits Hungerlöhne zahlen und sich gleichzeitig ihren Profit aus öffentlichen Kassen subventionieren lassen, öffentliche Aufträge ausführen. Das Brandenburger Vergabegesetz muss streng angewendet und seine Umsetzung konsequent kontrolliert werden. Wähle demokratische Parteien, die sich gegen Lohn- und Sozialdumping stark machen.

Für gute Arbeit und faire Tarifverträge

Zu den unabdingbaren Voraussetzungen für „Gute Arbeit“ gehören faire Tarifverträge. ver.di fordert die Gewerkschafter/innen auf, zu prüfen, welche demokratischen Parteien sich für gute Arbeit und faire Tarifverträge im Sinne der Beschäftigten einsetzen. Fragt die Kandidatinnen und Kandidaten der Parteien nach ihrer Meinung zu diesen Themen.

Tarifbindung stärken

Nach wie vor ist die Tarifbindung in Ostdeutschland deutlich schwächer ausgeprägt als in anderen Teilen der Republik. Die Zeiten, in denen ein brandenburgischer Wirtschaftsminister für sein Land als „Billiglohnland“ geworben hat, sind glücklicherweise vorbei, die Niedriglohnbereiche jedoch noch lange nicht aufgehoben. Hervorzuheben sind hier die zahlreichen Beschäftigten in den Callcentern, die unter den schlechten Arbeits- und Einkommensbedingungen leiden.

Tariftreueklauseln in der öffentlichen Auftragsvergabe

Die öffentliche Hand muss durch ihre Vergabepolitik Lenkungswirkung entfalten und politisch klare Signale für „Gute Arbeit“ setzen. Durch die aktuelle Reform der EU-Entsenderichtlinie verstoßen nach Auffassung von ver.di Tariftreueklauseln nicht mehr gegen die Vorgaben der Entsenderichtlinie und sind daher nicht unionsrechtswidrig. Damit wird der Weg eröffnet für umfassende Tariftreueklauseln in der öffentlichen Auftragsvergabe. Diese neu geschaffenen Spielräume müssen optimal ausgenutzt und im Vergabegesetz verankert werden.

Mitbestimmung ausbauen

Änderungen in den Arbeitsabläufen und in der Arbeitsorganisation bedingen erweiterte Mitbestimmungstatbestände. ver.di wird sich dafür einsetzen, dass im Landespersonalvertretungsgesetz entsprechende erweiterte Mitbestimmungsmöglichkeiten aufgenommen werden.

Ausbildungsplätze schaffen

Die Ausbildung junger Menschen ist besonders wichtig. Perspektiven müssten geschaffen werden, um den Standort attraktiv zu machen. Schon jetzt zeichnet sich ein dramatischer Fachkräfte- und Personalmangel nicht nur im öffentlichen Dienst ab. Mit guten Ausbildungsplätzen und der Übernahme von Ausgelernten sowie mit ausreichenden Studienplätzen muss politisch gehandelt werden. Dabei spielt die Tarifpolitik eine große Rolle: Nur dann, wenn faire Einkommen vereinbart und gezahlt werden, wird es langfristig gelingen, die dringend benötigten und hier ausgebildeten Fachkräfte in der Region zu halten!

Fachkräfte – Die Landesregierung hat Vorbildfunktion

In den nächsten Jahren wird eine erhebliche Zahl der in den Verwaltungen tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bzw. Beamtinnen und Beamten altersbedingt aus dem Arbeitsleben ausscheiden. Eine große Herausforderung ist gegenwärtig bereits der erhebliche Fachkräftebedarf. Die Landesregierung Brandenburg wird aufgefordert, sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverhältnissen in Verwaltungen und Betrieben des Landes unverzüglich in unbefristete Arbeitsverhältnisse umzuwandeln und

keine weiteren Befristungen zuzulassen. Die Landesregierung sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen.

Stärkung der Aus- und Weiterbildung

Schon jetzt macht sich der drohende Fachkräftemangel nicht nur in der Landesverwaltung, sondern auch in vielen anderen Bereichen bemerkbar. Nicht nur der konsequente Aufbau von mehr Ausbildungsplätzen, auch die Qualifizierung der Beschäftigten für neue anspruchsvolle Aufgaben ist ein Gebot der Stunde. ver.di setzt sich nachhaltig für die Stärkung der Aus- und Weiterbildung ein.

Angleichung des Lohnniveaus Ost an West vollenden

Zwar sind in vielen Tarifbereichen die Monats tabellen im Tarifgebiet Ost und West identisch, aber bei der Arbeitszeit und vielen Einzelheiten besteht noch erheblicher Angleichungsbedarf. ver.di wird alles daransetzen, die Angleichung endgültig und vollständig durchzusetzen. Hilfreich ist hier eine Landes- und Regierungspolitik, die sich ebenfalls für die Angleichung der Arbeits- und Einkommensbedingungen ausspricht.

Gute Arbeit

ver.di erwartet verstärkte Anstrengungen der Landesregierung vor allem bei folgenden Punkten:

- zur Erhöhung und Stärkung der Tarifbindung in den Betrieben und Einrichtungen
- zur konsequenten Umsetzung und Kontrolle der Einhaltung des aktuellen Mindestlohnes
- zur Einflussnahme im Bundesrat und in der Mindestlohnkommission für eine rasche Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns
- zur Beendigung und zum Ausschluss sachgrundloser Befristungen
- für eine sozialverträgliche Umstrukturierung beim Ausstieg aus der Braunkohleförderung
- zur Schaffung von Maßnahmen, die einer weiteren Abwanderung entgegenwirken
- für Maßnahmen und politische Entscheidungen, die der jungen Generation in Brandenburg dauerhafte Perspektiven eröffnen.

Digitalisierung

Die Digitalisierung wird die Arbeit und das Leben der meisten Menschen gründlich verändern. Zum einen werden vorhandene Arbeitsplätze verloren gehen und in anderen Bereichen (Berufe, Branchen) neue entstehen. Es werden viele Arbeitsplätze wegfallen, daher werden die Qualifizierung und Umschulung einen ganz neuen Stellenwert bekommen. Neben der Arbeitsplatzverschiebung wird es auch zu Veränderungen bei den Tätigkeiten und Tätigkeitsanforderungen der weiter bestehenden Arbeitsplätze kommen. So werden sich – in Abhängigkeit von der Branche und dem Beruf in unterschiedlichem Ausmaß – auch bei die-

sen Arbeitsplätzen Tätigkeitszuschnitte, Kompetenzanforderungen und Qualifikationen wandeln. ver.di wird sich aktiv in der Gestaltung des Handlungsfeldes der Qualifizierungen und Weiterbildungen einbringen, z. B. bei der Weiterentwicklung des Brandenburger Weiterbildungsgesetzes. Gleichzeitig dürfen soziale Standards nicht unterlaufen oder auch wissensbasierte Arbeitsplätze durch künstliche Intelligenz schonungslos ersetzt werden.

Die sozialen Sicherungssysteme sind zu stärken, da in den anstehenden digitalen Prozessen deren Bedeutung noch zunehmen wird.

Der konsequente Ausbau elektronischer Kommunikation der öffentlichen Verwaltungen (E-Government) ist aber auch ein wesentlicher Kern für zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten auch in den Kreisen und Gemeinden. Die Entwicklung der digitalen Infrastruktur und deren konsequente Bereitstellung und Nutzung öffentlicher Einrichtungen ist ein wichtiger Schlüssel zur Entwicklung des Landes. Der flächendeckende Breitbandausbau ist dabei unabdingbare Voraussetzung. Mitgestaltung und Mitbestimmung gehören mit zu den wesentlichen Faktoren für die erfolgreiche Bewältigung des innovativen Wandels. Dabei sollten die in Brandenburg vorhandenen Stärken im Bereich der Dialogstrukturen auf Landesebene weiter ausgebaut sowie auf die tarifvertragliche und betriebliche Ebene übertragen werden.

Strukturpolitik

Im Land Brandenburg hat sich seit 1990 ein erheblicher Strukturwandel vollzogen. Vor allem in den ländlich strukturierten Regionen, den kreisfreien Städten und in der Lausitz hat dieser Wandel zu tiefgreifenden Einschnitten geführt.

Konsequente Stärkung wirtschaftlicher Wachstumskerne

Mit Blick auf die demografischen und strukturellen Entwicklungstrends im Land Brandenburg stehen wir vor großen Herausforderungen.

Das Land Brandenburg hat seit 1990 mit einem Bevölkerungsrückgang von 5,1 Prozent zu kämpfen. Vor allem junge gut ausgebildete Männer und insbesondere Frauen haben Brandenburg verlassen. Mit dem Bevölkerungsrückgang geht eine weitere landesweite Alterung der Bevölkerung einher. Rückläufige Kinderzahlen und ein starker Zuwachs an älteren Personen führen zu einem deutlichen Anstieg des Durchschnittsalters in Brandenburg. Ab dem Jahr 2030 wird bereits mehr als ein Drittel der Bevölkerung 65 Jahre und älter sein. Dieser Trend der Alterung der Bevölkerung trifft auch für das Berliner Umland zu, jedoch in geringem Maße. Eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine verstärkte Zuwanderung sind hier, neben einem guten Angebot an Arbeitsplätzen, die grundlegenden Voraussetzungen. Dies setzt eine offene und den Menschen zugewandte Kultur voraus, in der Fremdenfeindlichkeit keinen Platz hat. Die Herausforderungen des demografischen Wandels sind im Land Brandenburg besonders vielfältig, da die Veränderungen räumlich sehr differenziert ablaufen. Von den 200 Ämtern und amtsfreien Gemeinden wird nur für 38 fast ausnahmslos im Berliner Umland liegende amtsfreie Gemeinden eine positive Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2030 erwartet. Für 71 Ämter und amtsfreie Gemeinden (alle im weiteren Metropolenraum und darunter acht mit über 10.000 Einwohnern) bedeutet das bis 2030 einen Rückgang der Einwohnerzahl von 15 Prozent und mehr.

Daher ist jetzt eine kluge Strukturpolitik notwendig, um den zu erwartenden Problemen rechtzeitig entgegenzutreten zu können!

Dienstleister, Handwerker und Mittelständler mit regionaler Verwurzelung sind die Basis der Brandenburger Wirtschaft. Eine hohe Zahl an Arbeitsplätzen stellt das Handwerk zur Verfügung und hat daher für die wirtschaftliche Kraft Brandenburgs eine große Bedeutung. Die Unterstützung der Unternehmen sowie die Stärkung der industriellen Kerne sind der Schlüssel zu einer weiterhin guten Entwicklung der brandenburgischen Wirtschaft und zum aktiven Gegensteuern in Anbetracht anstehender Bevölkerungsentwicklungstrends. Eine moderne öffentliche Daseinsvorsorge ist ein wesentlicher Grundpfeiler wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung in Brandenburg. Ein attraktiver ÖPNV in allen Landesteilen, der konsequente Ausbau der digitalen Infrastruktur, eine gute flächendeckende Gesundheitsversorgung und die Stärkung von Bildungseinrichtungen sind zentrale Forderungen der Gewerkschaft ver.di zur Entwicklung in Brandenburg. Es muss sichergestellt werden, dass die Arbeits- und Einkommensbedingungen z. B. bei Trägern der Wohlfahrt oder privaten Trägern, denen Aufgaben der Daseinsvorsorge übertragen wurden, mit denen bei öffentlichen Einrichtungen vergleichbar sind. Einen Wettbewerb darf es allenfalls über die Qualität geben, die nachgehalten werden muss. Ausgliederungen zum Zweck des Lohndumpings müssen unterbleiben, keine prekäre Beschäftigung in Tochterunternehmen der öffentlichen Hand.

Den Ausstieg aus der Braunkohle gestalten

Der Ausstieg aus der Braunkohle in Deutschland ist unumgänglich. Das Land Brandenburg muss zukunftsfähige strukturelle Lösungen finden, um die Konversion von 15.000 Arbeitsplätzen sozialverträglich zu begleiten und Abwanderungseffekte zu verhindern. Die Stärkung der betroffenen Regionen im Prozess des Strukturwandels durch den Braunkohleausstieg ist unerlässlich. Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigen, dass die Ansiedlung von wissenschaftlichen Bereichen zu einer regionalen wirtschaftlichen Stärkung führt. Der Wissenschaftsstandort Cottbus/Senftenberg/Lausitz ist durch die weitere Ansiedlung wissenschaftlicher Einrichtungen zu stärken. ver.di fordert, dass entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Hier steht nicht nur das Land Brandenburg, sondern auch der Bund in der Pflicht.

Leistungsfähigen ÖPNV sichern!

Eine zentrale Bedingung für gutes Leben in Brandenburg ist ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr. Für die wirtschaftliche Entwicklung ist eine gute ÖPNV-Vernetzung unabdingbar.

Die Anbindung von einzelnen Brandenburger Regionen muss verbessert werden. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer pendeln jeden Tag in den Speckgürtel oder nach Berlin. Auch hier sind die Anbindungen im ÖPNV, aber auch im Regionalverkehr dringend zu verbessern.

1. Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Wir halten es für absolut notwendig, dass die Landesregierung in Brandenburg zukünftig mehr finanzielle Mittel in den öffentlichen Personennahverkehr investiert. Leider gibt es auch in Brandenburg nach wie vor Engpässe in diesem Zusammenhang. ver.di erwartet, dass Mittel zur Verfügung gestellt werden, die es ermöglichen, einen attraktiven, angebotsorientierten ÖPNV sicherzustellen. Die Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen in den Nahverkehrsbetrieben haben sich in den letzten Jahren, was die Belastung betrifft, maßgeblich verschärft. Dieser Entwicklung kann nur durch eine ausreichende, erheblich aufzustockende Finanzierung des öffentlichen Personalverkehrs Einhalt geboten werden.

Ausreichende Mittel werden auch benötigt, um ein attraktives Entgelt im Bereich des Nahverkehrs zu zahlen. Vergangene Tarifverhandlungen haben deutlich gemacht, dass in Brandenburg mit das schlechteste Entgelt in der Bundesrepublik gezahlt wird. Unter diesen Voraussetzungen wird es nicht möglich sein, dem demografischen Wandel entgegenzuwirken und mehr junge Busfahrer/innen für die Brandenburger Verkehrsbetriebe zu gewinnen.

2. Sicherstellung sozialer Standards bei Auftragsvergaben

Der öffentliche Personennahverkehr wird in regelmäßigen Abständen neu vergeben. Es gibt die Möglichkeit der Vergabe an das eigene Ver-

kehrsunternehmen unter ganz bestimmten Voraussetzungen. Die Landespolitik hat darauf hinzuwirken, dass die Aufgabenträger rechtzeitig die für eine ordnungsgemäße Vergabe notwendigen Maßnahmen einleiten. Hierzu gehört zum Beispiel, dass bei beabsichtigten Vergaben an das eigene Nahverkehrsunternehmen eine Vorabkennzeichnung rechtzeitig sichergestellt werden muss. Nur dann ist es möglich, dass das eigene Unternehmen beauftragt werden kann. Das ist nur ein Beispiel von vielen Formalien, die bei Vergaben eingehalten werden müssen. Entwicklungen im Süden des Landes Brandenburg (Südbrandenburger Nahverkehr) haben in den letzten Jahren gezeigt, dass Politiker oftmals nicht die Notwendigkeit von sozialen Standards sehen. Hier ist das Unternehmen ohne Forderung irgendwelcher Standards dem Markt preisgegeben worden. Die Kolleginnen und Kollegen in diesem Unternehmen haben bis zu 500 € monatlich im Entgelt eingebüßt. Wir erwarten, dass bei Vergaben die Möglichkeit der EU-Verordnung 1370/2007, soziale Standards bei der Vergabe, wie zum Beispiel einen Betriebsübergang nach Paragraph 613 a BGB sichergestellt werden.

3. Verstärkte Prüfung bei eigenwirtschaftlichen Anträgen

ver.di kämpft seit Jahren gegen eine Formulierung im Personenbeförderungsgesetz, die eine Gefährdung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Kolleginnen und Kollegen im Nahverkehr darstellt. Hier steht geschrieben, dass bei Vergaben öffentlicher Nahverkehrsleistungen eigenwirtschaftliche Anträge einen Vorrang genießen. Das bedeutet, dass, wenn ein Anbieter Nahverkehrsleistungen ohne öffentliche Zuschüsse anbieten möchte, dieser den Zuschlag zu bekommen hat. Hierin besteht eine enorme Gefahr für die Arbeits- und Lebens-

bedingungen. ÖPNV ist ohne Zuschüsse nicht zu erbringen. Deshalb fordert ver.di, dass die Politik in Brandenburg alles dafür tut, dass das Personenbeförderungsgesetz auf Bundesebene geändert wird und eigenwirtschaftliche Anträge keinen Vorrang mehr genießen. Auch soll die Landespolitik Einfluss auf die Aufgabenträger nehmen, die bei Vorliegen von eigenwirtschaftlichen Anträgen eine verschärfte Prüfung vornehmen sollten, um sicherzustellen, dass auf der Angebotsbasis überhaupt ein ÖPNV realisierbar ist.

4. Sicherstellung der weiteren Gültigkeit des Vergabegesetzes in Brandenburg

Es war ein langer Weg, bis das Vergabegesetz in Brandenburg verabschiedet wurde. Bei veränderten politischen Konstellationen im Land ist zu befürchten, dass durch Novellierungen oder durch gänzliche Streichung des Gesetzes erhebliche Auswirkungen für die Beschäftigten im Nahverkehr entstehen. ver.di fordert, dass das Vergabegesetz unangetastet bleibt! Aus den Erfahrungen heraus, dass der im Vergabegesetz vorgeschriebene ÖPNV-Beirat zunächst sehr schwerlich ans Arbeiten gekommen ist und in den letzten Jahren nicht mehr getagt hat, erwartet ver.di von der Landespolitik, dass hier eine Kontinuität der Arbeit des Beirates, der für die Findung des Referenztarifvertrages im ÖPNV zuständig ist, durchgesetzt wird. Nur hiermit kann erreicht werden, dass bei den Beschäftigtenverhältnissen im Nahverkehr die Konkurrenz nicht über das Entgelt ausgetragen wird. Vielmehr ist zu erreichen, dass die Qualität der Arbeit Maßstab wird. Hierbei ist wieder eine ausreichende Ausstattung der Nahverkehrsunternehmen mit finanziellen, aber auch mit Sachmitteln, zum Beispiel neuer Technik im Bereich von Bus und Straßenbahn, absolut notwendig.

5. ÖPNV auch in ländlich schwach besiedelten Gebieten!

Die Entwicklung in den letzten Jahren zeigt, dass die Sicherstellung vom öffentlichen Personennahverkehr in ländlich dünn besiedelten Gebieten immer schwerer wird. Die Nahverkehrsunternehmen fernab vom Speckgürtel der Hauptstadt haben zunehmend Schwierigkeiten, die Verkehre sicherzustellen. Oftmals ist lediglich die Nutzung des angebotenen Schülerverkehrs die einzige Möglichkeit, im ländlichen Raum mobil zu sein. Hier sind im Land Brandenburg verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, damit der ländliche Raum nicht noch weiter ausblutet. Auch hier ist bei der Verteilung von Mitteln zu berücksichtigen, dass es im ländlichen Raum schwer sein wird, über Mehreinnahmen bei Fahrscheinen mehr Verkehrsleistungen anbieten zu können.

Perspektiven für die Region

Die Situation Brandenburgs kann nicht isoliert betrachtet werden. Berlin und Brandenburg bilden einen gemeinsamen Wirtschaftsraum und einen gemeinsamen Arbeitsmarkt. Probleme lassen sich nur gemeinsam lösen. Daher ist eine intensive Zusammenarbeit beider Länder zwingend notwendig. Leider ist auch in der vergangenen Legislaturperiode zu wenig geschehen, um die Zusammenarbeit wirkungsvoll zu fördern. Die Kooperation in Fragen der Wirtschaftsförderung, Industrieansiedlung, Raum- und Landschaftsplanung muss so schnell wie möglich verbessert werden. Immer noch sind die Verkehrsadern zwischen Berlin und Brandenburg nicht optimal verknüpft. Die gemeinsame Pla-

nung und Arbeit in wichtigen Bereichen wie Wissenschaft und Forschung hat noch nicht einmal begonnen. ver.di tritt dafür ein, dass die Probleme gemeinsam bekämpft werden müssen. Auf der anderen Seite müssen auch die Chancen der Region gemeinsam genutzt werden.

Zu den Chancen, die bislang nicht genutzt werden können, gehört der neue, leistungsfähige Großflughafen. ver.di erwartet von der brandenburgischen Landespolitik, alles zu tun, um den Großflughafen endlich in den Betrieb zu bringen. Durch den Flughafen werden neue Jobs entstehen, der weite Bereich um den Flughafen hat sich bereits in den vergangenen Jahren stark verändert und wird sich nach Eröffnung des Flughafens weiterentwickeln. Hier werden Firmen, aber auch Privatleute investieren. Daher ist auch für Brandenburg dieses Gemeinschaftsprojekt wichtig und darf nicht scheitern!

Brandenburg braucht neue Perspektiven!

Innovative Konzepte gefordert

Es sind innovative Konzepte gefragt, mit denen sich die Region entwickeln und modernisieren lässt. Wissenschaft und Forschung, Medien und Handel sind wichtige Felder, mit denen sich die Region profilieren kann. Für die Ansiedlung neuer Unternehmen gibt es in der Region viele Möglichkeiten. ver.di vertritt die Auffassung, dass beide Länder gemeinsam um Investoren werben müssen, um im Sinne der Bürgerinnen und Bürger die Region gemeinsam zu vermarkten. Die Konkurrenz beider Bundesländer ist eher schädlich.

Für zukunftssträchtige Bereiche wie Wissenschaft und Forschung ist eine gemeinsame

Wissenschaft und Bildung

Konzeption dringend erforderlich. Eine Arbeits- und Kostenteilung würde dazu führen, dass die Ressourcen beider Bundesländer effizienter eingesetzt werden könnten. Weitere Kürzungen im Hochschulbereich sind nicht hinnehmbar. Es dürfen keine weiteren Studienplätze dem Rotstift zum Opfer fallen. Nur wenn es gelingt, die Studien- und Arbeitsmöglichkeiten für junge Wissenschaftler/innen zu erhalten, bleibt die Region attraktiv für junge, gut ausgebildete Zuwanderer aus Deutschland oder auch anderen Ländern. Das beinhaltet auch den barrierefreien Zugang zur Bildung. Kita- oder Studiengebühren verstärken die soziale Benachteiligung und sind daher abzulehnen.

Damit die Werbung um Industrieansiedlung erfolgreich ist, muss es nicht nur eine Berlin-brandenburgische Förder- und Subventionspolitik geben, sondern es muss auch die Infrastruktur stimmen.

Kultur – Bildung – Wissenschaft

Kultur hat in Brandenburg einen besonderen Stellenwert, die kulturelle Vielfalt ist eindeutig ein positiver Standortfaktor.

Der Förderung von Kultur kommt ein besonderer Stellenwert zu. Neben den staatlichen und etablierten großen privaten Kulturinstitutionen sind es vor allem auch die freiberuflich tätigen Kulturschaffenden, die dem Land neue Impulse geben. ver.di setzt sich für eine verstärkte Kunstförderung ein. Dazu gehören auch faire Tarifverträge und sichere Arbeitsplätze in den landeseigenen bzw. vom Land finanzierten Einrichtungen. Insbesondere gilt das für Einrichtungen, für die es noch keine Tarifabschlüsse gibt.

Brandenburg ist ein wichtiger Wissenschaftsstandort. Insbesondere bestehen umfangreiche Kompetenzen auf den Gebieten der Biotechnologie, der Informations- und Kommunikations-Technologien, des Umweltschutzes oder der erneuerbaren Energien. Wissenstransfer und Unternehmens-Neugründungen aus diesem Umfeld gehören zu den zukunftssicheren Dienstleistungen des Landes, aber auch zu den wirtschaftlich stärksten Chancen für kleine und mittlere Unternehmen. In diesen Bereich muss überproportional investiert werden.

Mit den Hochschulen gibt es hier ein großes Wissenspotential. Dieses Wissen muss gewahrt werden. Hier ist eine langfristige Aufstockung des Personals entscheidend. Wichtig ist ein barrierefreier Zugang zu den Bildungseinrichtungen – von der Kita über das Studium bis hin zur Weiterbildung. Gebühren sind aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen Gründen abzulehnen. Sie lösen keine Probleme, sondern verschärfen die Krise des Bildungssystems.

Die Chancengleichheit im Bildungswesen kann nach Auffassung von ver.di durch Aus- und Umbau der Ausbildungsförderung, z. B. durch regelmäßige Anpassung der Freibeträge und Fördersätze an die Lebenshaltungskosten und die Ausweitung der elternunabhängigen Förderung, verbessert werden.

Die Qualität des Wissenschaftsstandortes wird durch das Personal an den entsprechenden Einrichtungen gewährleistet. Daher ist es notwendig, nicht nur die schon bestehenden Standards zu halten, sondern auch zu verbessern. So fordert ver.di, unbefristete Stellen für

dauerhafte Tätigkeiten in Lehre, Forschung und Wissenschaftsmanagement zu schaffen.

Die Finanzierung der hohen Qualität des Forschungs- und Studienstandorts muss künftig durch eine verlässliche und dynamisierte Grundfinanzierung (insbesondere durch Übernahme von Tarifsteigerungen) gesichert sein.

Der öffentliche Dienst

ver.di tritt für einen modernen, bürgernahen und kompetenten öffentlichen Dienst ein. Verkrustete Strukturen müssen abgebaut und optimiert werden. Daher fordert die Gewerkschaft eine sach- und fachgerechte Personalentwicklung, die sich nicht ausschließlich an Sparvorgaben orientiert.

Der öffentliche Dienst sichert nicht nur die Daseinsvorsorge, er ist auch ein wesentliches Element der Lebensqualität. Abbau und Kürzungen treiben die Abwärtsspirale weiter an. ver.di tritt dafür ein, dass über die Qualität öffentlicher Dienstleistungen diskutiert wird.

„Gute-Kita-Gesetz in Brandenburg“

Brandenburg ist in Gespräche mit dem Bund zur Umsetzung des Gute-Kita-Gesetzes eingetreten. Laut Ministerium für Bildung, Jugend und Sport soll zeitnah vereinbart werden, wie die rund 164 Mio. Euro, die der Bund bis 2022

zur Verfügung stellt, in Brandenburg zur Verbesserung der Teilhabe und der Qualität in der Kindertagesbetreuung eingesetzt werden sollen. Die geplante Vereinbarung für Brandenburg soll zunächst für die Jahre 2019 und 2020 abgeschlossen werden. Weitere Schritte sind für die Zeit nach der Landtagswahl geplant. Das Land Brandenburg will, wie in der Vergangenheit, die Qualität in den Kitas verbessern und die Eltern entlasten.

Die Regierungsfractionen im Landtag wollen derzeit eine Ausweitung der Elternbeitragsfreiheit für Geringverdienende, die finanzielle Förderung längerer Betreuungszeiten und mehr Zeit für Anleitung angehender Erzieherinnen und Erzieher in der tätigkeitsbegleitenden Ausbildung. Außerdem soll die Elternbeteiligung durch Elternbeiräte und eine Service- und Ansprechstelle nach Paragraph 45 SGB VIII gestärkt werden.

Aus Sicht von ver.di ist der wichtigste Punkt, den erforderlichen Fachkräftebedarf zu sichern, völlig unzureichend. Neben der Bindung von Fachkräften werden Schwerpunkte, wie Fachkräfte auszubilden und zu gewinnen, nicht berücksichtigt. Die vorliegenden Vorschläge umfassen auch nicht notwendige strukturelle Erfordernisse wie z.B. die Fachkraft-Kind-Relation.

Wir fordern zur Verbesserung der Qualität in der Kindertagesbetreuung eine Fachkraft-Kind Relation von:

- 1:3 für unter 3-jährige Kinder
- 1:7 für über 3-jährige Kinder
- 1:12 in Horten.

Wobei es uns wichtig ist, dass es sich dabei um tatsächlich anwesende Fachkräfte handelt. Ausfallzeiten wie Urlaub, Fortbildung, Krankheiten u.a. müssen bei der Personalbemessung eingeplant werden. Zusätzlich muss sonderpädagogisches Personal vorgehalten werden. Inklusion bedarf individueller Förderung und die

Personalbemessung muss sich am individuellen Bedarf der jeweiligen Kinder orientieren.

Die von der Landesregierung favorisierten Maßnahmen sind überwiegend auf die Eltern ausgerichtet. Sowohl die vorgeschlagene Verlängerung der Öffnungszeiten als auch die geplanten Anleitungsstunden erfordern mehr Personal. Ohne Maßnahmen, die den Fachkräftebedarf sichern und ausbauen, werden die von der Landesregierung vorgesehenen Maßnahmen nicht umzusetzen sein. Die Umsetzung des „Gute-Kita-Gesetzes“ in Brandenburg sollte sich daher zunächst auf Personalgewinnung und die Fachkräfteausbildung konzentrieren.

Gesundheitspolitik – Soziale Dienste

Die gute und patientennahe Gesundheitsversorgung in einem Flächenland ist ein schwieriges Thema. Bereits heute müssen Patientinnen und Patienten mitunter weite Wege auf sich nehmen, um zur nächsten Facharztpraxis oder zu einem Krankenhaus zu kommen. Diese Versorgungsschwächen sorgen auch mit dafür, dass Menschen lieber in die Stadt ziehen und damit ohnehin strukturschwache Regionen noch mehr geschwächt werden. ver.di macht sich für eine soziale Gesundheitspolitik stark, die die Interessen der Patienten berücksichtigt. Aber: Ohne das dringend benötigte Fachpersonal kann es auch keine gute Kranken- und Pflegeversorgung geben. Um Personal gewinnen zu können, muss ausgebildet werden, und damit das ausgebildete Personal auch bleibt, sind faire Bedingungen und gute Tarifverträge

unabdingbar. Zu den guten Arbeitsbedingungen gehört auch eine ausreichende Personalausstattung in den Kranken- und Pflegeeinrichtungen. ver.di kämpft seit geraumer Zeit für Verbesserungen bei der Personalausstattung. Mehr Personal bedeutet Entlastung für die Beschäftigten und mehr Pflegequalität für die Patienten. Damit eine soziale Politik auch umgesetzt werden kann, wünschen wir uns eine Landesregierung, die diese soziale Gesundheitspolitik unterstützt!

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Brandenburger Sozialwirtschaft

Über mehrere Legislaturperioden hinweg schien es opportun, dass Kommunen die Eigenerbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge aufgegeben und an private Träger und Träger der Wohlfahrt vergeben haben. Begründet wurde dies vor allem mit dem Ziel der Qualitätssteigerung durch den Wettbewerb zwischen den Trägern. Heute gibt es z. B. kein einziges Altenheim, keinen ambulanten Pflegedienst und keine Behinderteneinrichtung mehr, welche unter den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes fällt. Wir müssen feststellen, dass der ursprünglich gewünschte Wettbewerb kaum über die Qualität der Leistungen, sondern weit mehr über die Kosten bzw. die Einkommen der Beschäftigten ausgetragen wird. Die Differenz zwischen den im öffentlichen Dienst gezahlten Gehältern

und denen bei privaten Trägern beträgt auch heute noch bis zu 30 Prozent. Die markanten Unterschiede in der Bezahlung und bei der Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen haben mit dazu beigetragen, dass die sozialen Berufe an Attraktivität für junge Menschen verloren haben und immer mehr Menschen den Beruf nach einigen wenigen Jahren wieder verlassen.

Wettbewerb zwischen Trägern ist wünschenswert – aber über die Löhne der Beschäftigten darf er nicht ausgetragen werden.

Keine Pflegekammer in Brandenburg

Pflegekräfte in Brandenburg wünschen sich eine starke Interessenvertretung. Das ist bei der vom Gesundheitsministerium in Auftrag gegebenen Befragung deutlich geworden. Und es ist richtig: Nur wenn sich die Beschäftigten in Pflegeberufen lautstark Gehör verschaffen, werden sich die Arbeitsbedingungen verbessern. Von alleine passiert nichts. Die Arbeitsbelastung ist zu hoch, das Gehalt – vor allem in der Altenpflege – ist zu niedrig. Von Wertschätzung ist viel die Rede, doch in der Praxis tut sich wenig. Deshalb ist es höchste Zeit, dass Pflegekräfte ihre Rechte einfordern.

Doch wollen die Pflegekräfte eine Pflegekammer? Das lässt sich aus der repräsentativen Befragung – an der lediglich 1.690 der insgesamt 54.000 Pflegekräfte im Land teilnehmen konnten – nicht ableiten. Eine klare Mehrheit ist gegen einen Pflichtbeitrag. Die meisten befürchten, dass lediglich ein organisatorischer Wasserkopf geschaffen wird, der im Pflegeall-

tag nichts bewirkt. Fast Dreiviertel sind davon überzeugt, dass die Pflegekammer bei den entscheidenden Themen Entlohnung und Personalmangel keinen Einfluss hat.

Alternativen zur Pflegekammer sind gefragt. Jetzt ist die Landesregierung gefordert, eine andere Form der Interessenvertretung abseits der Pflegekammer zu finden. Sinnvoll wäre eine Struktur, in der alle Akteure in der Pflege in den Dialog treten und gemeinsam gegenüber den politisch Verantwortlichen agieren können. Eine Pflegekammer mit Pflichtmitgliedschaft und Zwangsbeitrag ist weiterhin abzulehnen.

Der Einzelhandel: Sonn- und Feiertagsschutz versus Ladenöffnung an Sonntagen

Die Arbeitsruhe an Sonn- und Feiertagen ist im Allgemeinen grundgesetzlich geschützt. Dieser Schutz ist in den einschlägigen gesetzlichen Regelungen, wie dem Arbeitszeitgesetz und den Ladenöffnungsgesetzen der Länder, sowie durch die auf diesen Grundlagen zu erlassenden Ausnahmebestimmungen und -verordnungen umzusetzen. Seit der Übertragung der Gesetzgebungskompetenz bei der Sonntagsöffnung auf die Bundesländer 2007 ist das Brandenburgische Ladenöffnungsgesetz in Kraft und wurde schon in 2017 erneut flexibilisiert. An den Werktagen Montag bis Samstag sind Ladenöffnungen rund um die Uhr grundsätzlich erlaubt. Zusätzlich sind je Gemeindegebiet inzwi-

sehen bis zu 10 Sonntagsöffnungen bei Vorliegen von besonderen Anlässen verfügbar. Diese bestehenden Bestimmungen im Land Brandenburg sind so weit dereguliert, dass man von einem der flexibelsten Ladenöffnungsgesetze im Bundesgebiet sprechen kann.

Insbesondere der Sonntagschutz darf nicht weiter ausgehöhlt werden!

Der Schutz der Arbeitsruhe an Sonntagen ist deshalb von so grundsätzlicher Bedeutung, weil in unserer immer flexibler und hektischer werdenden Zeit, die mit fortschreitendem Arbeitsdruck einhergeht, der letzte verbliebene gemeinsame arbeitsfreie Tag der Woche für Erholung und Gesundheitsschutz, Schutz der Familien und Schutz der Demokratie durch Teilnahme am öffentlichen gesellschaftlichen Leben steht. Selbstverständlich ist klar, dass es hiervon Ausnahmen geben muss, um die Gesellschaft funktionieren zu lassen. Dies gilt für Krankenhäuser genauso wie für Polizei, Medien, Gaststätten oder Feuerwehr. Dabei muss es bleiben! Nur die Aufgaben, die auch am Sonntag unerlässlich zu erfüllen sind oder für das Gelingen der Arbeitsruhe am Sonntag zwingend erforderlich sind, dürfen sonntags auch ausgeführt werden. Das gilt nicht für den Einzelhandel! Auch im Onlinehandel darf sonntags nicht kommissioniert werden. Weder das Umsatzinteresse von Händlern noch das Einkaufsinteresse von Kunden sind geeignet eine Ladenöffnung an einem Sonntag zu begründen.

Deshalb muss eine gute Politik im Interesse der Beschäftigten – im Einzelhandel Brandenburgs von rund 84.000 Beschäftigten, davon 70 Prozent Frauen – und ihrer Familien eine weitere Aushöhlung des Sonn- und Feiertagschutzes tunlichst unterlassen und die bestehenden Regelungen insbesondere beim Sonntagschutz konsequenter umsetzen und ihre Einhaltung kontrollieren.

Wir fordern:

1. Keine weitere gesetzliche Flexibilisierung bei der Ladenöffnung an Sonntagen. Die bestehenden Regelungen sind mehr als ausreichend, um den Kundinnen und Kunden ausreichend Zeit zur Erledigung ihrer Einkäufe zur Verfügung zu stellen. Der Schutz vor weiterer Flexibilisierung ist zugleich ein Schutz für die kleinen und mittelständischen Einzelhändler. Weitere Flexibilisierung bei der Ladenöffnung nutzt vor allem den großen Unternehmen der Branche. Nur diese sind in der Lage, weiter ausgedehnte Ladenöffnungszeiten bei günstigerem Personaleinsatz abzudecken und über diesen Weg den kleinen und mittelständischen Unternehmen Umsatzanteile abzunehmen.
2. Wirksame Kontrolle der Landesregierung in den Kommunen beim Erlass von Verordnungen zu verkaufsoffenen Sonntagen, denn noch immer werden besondere Anlässe für Sonntagsöffnungen bemüht, die keine sind, weil sie den rechtlichen Anforderungen für freizugebende Sonntagsöffnungen nicht gerecht werden.
3. Wirksame Kontrolle in den Einzelhandelsgeschäften bezüglich der Einhaltung des Sonntagschutzes. Der Sonntag darf nicht für die weitere Verschärfung des Wettbewerbs in der Branche zur Verfügung stehen. Gerade Einzelhandelsbeschäftigte, zu mehr als 70 Prozent Frauen, brauchen gemeinsame Freizeit mit ihren Familien und Freunden, für gemeinsame sportliche und kulturelle Erlebnisse und letztlich auch für die Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben.

Postdienste

Im Zusammenhang mit dem zunehmenden Onlinehandel ist bundesweit die Bedeutung der Postdienste gestiegen. Aber mit der Ausweitung des Geschäfts kamen auch die Probleme. Nicht wenige Unternehmen engagieren zur Päckchen- und Paketzustellung Subunternehmen, die häufig ebenfalls wiederum Subunternehmen beschäftigen. Am Ende der Kette arbeiten Personen, die regelrecht ausgebeutet werden, Mindestlöhne und gesetzliche Vorgaben werden nicht eingehalten.

ver.di fordert daher, dass in Firmen, die im behördlichen Auftrag unterwegs sind, 12 €/Std. gezahlt werden. Eine Vergabe von öffentlichen Aufträgen sollte ohnehin nur an tarifgebundene Unternehmen erfolgen.

Ganz klar sollte die Nachunternehmerhaftung bei der Vergabe von (öffentlichen) Aufträgen in Brandenburg gelten!

Viele Postfirmen, Güterverteilzentren und Logistikunternehmen sind inzwischen „auf der grünen Wiese“ angesiedelt worden. Beispiele liefern Paketzentren (Hermes, DPAG, DPD u. a.). Viele dieser Betriebe arbeiten mit Schichtdiensten-, insbesondere auch Nachtschichtbetrieb. Daher gehört zu einer guten Struktur- und Wirtschaftspolitik auch die bessere Verkehrsanbindung mit dem ÖPNV. Auch gilt das für die Bereitstellung von Parkraum für die Beschäftigten. Das muss bereits bei der Baugenehmigung Bestandteil sein!

Die Logistikbetriebe sind – wie andere Unternehmen auch – auf schnelle Internetanbindung angewiesen. Die Brandenburger Wirtschaft kann sich nur dann vorteilhaft entwickeln, wenn die digitale Infrastruktur mitwächst.

Gegen Rechtsradikalismus

ver.di steht für Toleranz und Weltoffenheit. Die Gewerkschaft erteilt dem Radikalismus eine klare Absage.

Mit großer Sorge beobachtet die Gewerkschaft die Aktivitäten rechter Gruppen und die Verbreitung von rechtsradikalem Gedankengut. Die Gewerkschaft vertritt die Auffassung, dass Rechtsradikalismus und Rassismus schwere gesellschaftliche Schäden anrichten. ver.di fordert daher von der Politik wirkungsvolle Konzepte gegen den Rechtsradikalismus. Es ist bekannt, dass sich Rechte vor allem dort ausbreiten, wo junge Menschen schlechte Perspektiven haben. Daher muss eine Politik, die wirkungsvoll gegen rechte Parolen ankämpft, auch zum Beispiel etwas für mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze tun. Nur dann können Aufklärung, politische Bildung und Schulung auch langfristig Erfolge haben. Und nicht zuletzt müssen die Strafverfolgungsbehörden auch in der Lage sein, Rechtsradikale zu verfolgen und zu bestrafen.

Jetzt Mitglied werden

Einige gute Gründe für ver.di im Überblick

Als Mitglied genießen Sie alle Vorteile unserer großen Organisation und die Solidarität von mehr als zwei Millionen Kolleginnen und Kollegen.

	mit ver.di	ohne ver.di	
Starke Gemeinschaft Gut organisiert	✓	✗	▼
ver.di ist eine starke Organisation aus über 2 Mio. Menschen, die sich zusammengefunden haben, um ihre Interessen durchzusetzen. ver.di finden Sie vor Ort und in Betrieben. Wir machen uns stark für Arbeitnehmerrechte, verhandeln Tarifverträge und setzen die Interessen unserer Mitglieder politisch durch.			
Solidarität Hilfe zur Selbsthilfe	✓	✗	▼
Schutz Rechtsberatung und Vertretung	✓	✗	▼
Spezielle Beratungs- und Leistungsangebote Gewerkschaft ganz individuell	✓	✗	▼
Weiterbilden Die beste Zukunftsinvestition	✓	✗	▼
Vorteile bei Einkauf, Versichern, Vorsorge & Co. Gut gespart	✓	✗	▼
Mach's zu deinem Netz Mitgliedernetz	✓	✗	▼

Die Zeit ist reif!

Ja, ich will ver.di >

mitgliedwerden.verdi.de

GUTE LÖSUNGEN FÜR DEN ARBEITSMARKT POLITIK MUSS STANDARDS SETZEN
GEGEN LOHN- UND SOZIALDUMPING FÜR GUTE ARBEIT UND FAIRE TARIFVER-
TRÄGE TARIFBINDUNG STÄRKEN TARIFTREUEKLAUSELN IN DER ÖFFENTLICHEN
AUFTRAGSVERGABE MITBESTIMMUNG AUSBAUEN AUSBILDUNGSPLÄTZE
SCHAFFEN FACHKRÄFTE – DIE LANDESREGIERUNG HAT VORBILDFUNKTION
STÄRKUNG DER AUS- UND WEITERBILDUNG ANGLEICHUNG DES LOHNNIVEAUS
OST AN WEST VOLLENDEN GUTE ARBEIT DIGITALISIERUNG STRUKTURPOLITIK
KONSEQUENTE STÄRKUNG WIRTSCHAFTLICHER WACHSTUMSKERNE DEN
AUSSTIEG AUS DER BRAUNKOHLE GESTALTEN LEISTUNGSFÄHIGEN ÖPNV
SICHERN! PERSPEKTIVEN FÜR DIE REGION INNOVATIVE KONZEPTE GEFOR-
DERT KULTUR – BILDUNG – WISSENSCHAFT WISSENSCHAFT UND BILDUNG
DER ÖFFENTLICHE DIENST „GUTE-KITA-GESETZ IN BRANDENBURG“ GESUND-
HEITSPOLITIK – SOZIALE DIENSTE GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT IN
DER BRANDENBURGER SOZIALWIRTSCHAFT KEINE PFLEGEKAMMER IN BRAN-
DENBURG DER EINZELHANDEL: SONN- UND FEIERTAGSSCHUTZ VERSUS LADEN-
ÖFFNUNG AN SONNTAGEN POSTDIENSTE GEGEN RECHTSRADIKALISMUS



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft